SPD-Stadtratsfraktion
Rathaus, Zimmer 2
Rückermainstraße 2
97070 Würzburg

Telefon: 0931 373607
Fax: 0931 373653

kontakt@spd-fraktion-wuerzburg.de
www.spd-fraktion-wuerzburg.de

Joachim Schulz
Stadtrat

An den
Oberbürgermeister der Stadt Würzburg
Herr Christian Schuchardt
Rathaus
97070 Würzburg

Antrag_06_2014
Würzburg, 17.06.2014

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit stelle ich, auch im Namen der SPD-Stadtratsfraktion folgenden **Antrag:**

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung prüft die Möglichkeit

- des Wegfalls der Bushaltestelle „Bismarckstraße" in beide Fahrtrichtungen
- der kurzfristigen Verlagerung der Fernbushaltestellen aus der Bismarckstraße in den Viehmarktparkplatz
- der Einführung einer Einbahnstraßenregelung in der Bismarckstraße,
- bei einem Neubau des Quellenbachparkhauses die Verlagerung des ZOB.

- Die Ampelschaltung für den Verkehr aus der Bismarckstraße/Bahnhofplatz kommend, in den Röntgenring einfahrend wird überprüft.
- Die Gespräche der Stadtverwaltung mit der deutschen Bahn AG zu dem Thema „Bau eines Busbahnhofes" auf der „nördlichen" Gleisseite werden forciert.

BEGRÜNDUNG

In den vergangenen Jahren hat sich der Busverkehr des örtlichen und regionalen ÖPNV in der Bismarckstraße sukzessive vervielfacht. Bei einer privat durchgeführten Verkehrszählung durch Anwohner kam man Werktags in den Kernstunden zwischen 06:00h bis 19:00h auf 568 Busse und 3.728 weitere motorisierte Fahrzeuge. Bei einem Vororttermin unserer Fraktion bestätigte sich dieses Bild.
Für die Anwohner der Bismarckstraße bedeutet dies eine erhebliche Beeinträchtigung durch Lärmemissionen und eine erhöhten Feinstaubbelastung. Die Bismarckstraße eignet sich nicht für ein so hohes Aufkommen an Durchfahrtsverkehr.
Die Notwendigkeit der Bushaltestellen „Bismarckstraße" an der Ecke Rotkreuzstraße ist fraglich, da in beiden Richtungen die nächsten Haltestellen nahe liegen (Busbahnhof und Veitshöchheimer Straße / Höhe Kulturspeicher).

SPD Stadtratsfraktion Würzburg

Durch die neu gestaltete Verkehrsinsel blockieren haltende Busse den weiteren Verkehr, was zu längeren Rückstaus und dadurch zusätzlich zu erhöhten Lärm- und Feinstaubbelastungen führt.

Es gilt zu prüfen ob eine Einbahnstraßenregelung in der Bismarckstraße sinnvoll sein kann und ob eine solche Regelung stadtein- oder stadtauswärts sinnvoll wäre. In diesem Zusammenhang gilt es zu prüfen, ob alle Buslinien/-Routen durch die Bismarckstraße führen müssen oder nicht eine Verlagerung des Linienverkehrs in den Röntgenring bereits zu einer Verbesserung der Verkehrssituation führen könnte.

Durch die Ampelschaltung Bismarckstraße/Bahnhofplatz kommend, in den Röntgenring einfahrend, ergeben sich häufig lange Rückstaus in die Bismarckstraße. Auch hierdurch erhöht sich das Chaos rund um die Bushaltestellen entlang der Bismarckstraße / Höhe Bahnhofplatz. Eine Prüfung im Sinne einer längeren Ampelschaltung für den Verkehr aus der Bismarckstraße kommend und eine Entkoppelung der Ampelschaltung mit dem parallel gekoppelten Fußgängerüberweg kann zusätzliche Linderung schaffen.

Hinzu kommt ein erhebliches Gefährdungspotential durch die Haltestellen der Fernbuslinien in der Bismarckstraße (Höhe Bahnhofplatz). Während der Verkehr in beide Richtungen fließt halten die Busse an der Straße. Das jeweilige Gepäck muss über die Gepäckfächer des Busses auf der Straße an die Fahrgäste ausgegeben werden. Die Wahrscheinlichkeit einer Personengefährdung ist augenscheinlich, wenn eine Menschentraube auf der Straße um den Bus steht um an das jeweilige Gepäck zu gelangen und zeitgleich der Verkehr in beide Richtungen fließt. Hier bedarf es einer kurzfristigen Verlagerung der Haltestellen für die Fernbuslinien. Aktuell sehen wir als schnellen Ersatz lediglich den Viehmarktparkplatz.

Die Haltestellen für den Fernbusverkehr gehören langfristig in den Bereich des Hauptbahnhofes. Wir sehen eine Verlegung eines zentralen Busbahnhofes auf die nördliche Gleisseite mit einem entsprechenden Durchstich des Bahntunnels als dringendes Ziel der Stadtentwicklung. Mit diesem vorgeordnetem Ziel gilt es in die Gespräche mit der deutschen Bahn AG zu gehen.

Joachim Schulz
Stadtrat

und die SPD-Stadtratsfraktion